

„20 Jahre Deutsche Einheit“ –
Ansprache zum Festakt des 81. Bundestages des
Frankenbund e.V. am 08. Mai 2010 im Foyer des
Meininger Theaters

von

Eduard Lintner

Die Einladung des hoch angesehenen Frankenbunds zu diesem Festakt ehrt mich sehr und ich danke herzlich, auch dafür, die Gelegenheit zu haben, noch einmal zum Thema „Deutsche Einheit“ sprechen zu können. Das um so mehr, als es sich dabei um eine zentrale Thematik meines politischen Lebens handelt.

Die deutsche Frage war zunächst ein wesentlicher Grund dafür, daß ich mich schon zu Zeiten Konrad Adenauers politisch engagiert habe und in die CSU eingetreten bin. Die Teilung Deutschlands war dann die realpolitische Gegebenheit, die mich als Abgeordneter im benachbarten Wahlkreis Bad Kissingen, als deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1982 bis 1990 und dann auch als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium immer wieder beschäftigt hat.

Das wohl bekannteste Zitat aus den Jahren der Wende ist der Ausspruch von Willy Brandt: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Diese Formulierung war deshalb so eindrucksvoll, weil sie genau die seinerzeit bei den Deutschen dominierenden Gefühle treffend und das real ablaufende Geschehen exakt charakterisiert: Die Spontaneität, die Impulsivität und die beeindruckende, so kraftvolle und zielsestrebige Dynamik mit der die Deutschen Einheit und Freiheit anstrebten, waren überwältigend. Das Geschehen ließ niemanden, der darin irgendwie verwoben war, unberührt.

Ein sichtbares Zeichen dafür waren die nicht enden wollenden Autokolonnen hinüber und herüber, die freudigen und herzlichen gegenseitigen Begrüßungen nach der Öffnung der Grenze. Es war ein überzeugender und unwiderleglicher Beweis für die Lebendigkeit

des Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen den fast 45 Jahre lang getrennten Deutschen. Bis heute ist das für mich Anlaß für tiefe Genugtuung.

Denn gerade in den Jahren 1982 bis 1990 als ich deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, bin ich oft in öffentliche Diskussionen verstrickt worden, in denen von anderen Diskutanten die Meinung vertreten wurde, daß die Wiedervereinigung kein realistisches, tatsächlich angestrebtes Ziel mehr sei. Das bekannte Zitat von Willy Brandt, verdeckt die Fragezeichen, die damals immer häufiger und immer lauter beim Thema „Wiedervereinigung“ in der Bundesrepublik angebracht wurden.

Klaus Bölling, der frühere Sprecher der Bundesregierung etwa meinte, wir sollten auf die Wiedervereinigung offiziell verzichten. Selbst Willy Brandt, der Urheber des genannten Zitats, nannte einmal: „Wiedervereinigung – die Lebenslüge der 2. Republik“. Recht befremdend war auch, daß führende Intellektuelle und Kulturgroßen in Westdeutschland, wie z.B. Gräfin Dönhoff, damals bei der Wochenzeitung „Die Zeit“, empfahlen, die Wiedervereinigung als Ziel deutscher Politik endlich aufzugeben. Gräfin Dönhoff kam nach einer längeren Reise durch die DDR zu dem Schluß, die Deutschen in der DDR wollten die Wiedervereinigung doch gar nicht mehr. Sie hätten sich längst mit Staat und Regime arrangiert. Politiker, die fest an den Wiedervereinigungswillen der Deutschen glaubten – wie z.B. ich – mußten sich oft als Traumtänzer und Ewig-Gestrige bezeichnen lassen. Um so glücklicher war ich deshalb darüber, daß die Deutschen in Ost und West, kaum hatten sie die

Möglichkeit dazu, Freiheit und Einheit für das deutsche Volk verlangen.

Wir, d.h., vor allem die Deutschlandpolitiker der Union, waren eindruckvoll in ihrer Einschätzung vom Einigungswillen der Deutschen bestätigt worden und nicht die Sicht der Skeptiker. Bei manchen von ihnen darf man wohl auch vermuten, daß sich politische Ideologie dahinter verbarg, die eigentliche Ursache für ihr Urteil war, nach der Art der „unmöglichen Tatsache“ von Christian Morgenstern, daß nämlich „nicht sein kann, was nicht sein darf.“

Die ersten konkreten Auswirkungen waren für mich, daß die deutschlandpolitischen Arbeitsgruppen der Fraktionen und das Gesamtdeutsche Ministerium wegen Erreichen des politischen Ziels überflüssig geworden waren. Ich wurde Mitglied im neuen Bundestagsausschuß „Deutsche Einheit“ und dann Berichterstatter meiner Fraktion für den ausgehandelten Einigungsvertrag.

Sehr beschäftigt hat uns damals eine grundsätzliche staatsrechtliche Frage: Einschlägig für die rechtliche Gestaltung der Wiedervereinigung sollte eigentlich der Art. 146 des GG sein: Nämlich Erarbeitung einer neuen Verfassung und ihre Billigung durch eine verfassunggebende Versammlung. Das alles hätte aber zwangsläufig zu einer schwierigen, auch längere Zeit beanspruchenden politischen Diskussion geführt mit unsicherem Ausgang. Dieser Weg war noch dadurch zusätzlich kompliziert worden, daß z.B. der damalige Ministerpräsident Modrow und seine Ministerin Prof. Luft, die Aufnahme höchst umstrittener und umfassender neuer Grundrechte forderten, wie z.B. das Recht auf Arbeit, auf Wohnung, ein Verbot der Aussperrung und eine Reihe von plebisitzären Elementen. Man zog daher die in Art. 23 des GG erwähnte Möglichkeit eines „Beitritts zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ – nicht Anschluß! – vor. Das war juristisch und politisch einfacher und auch schneller. Eine Art maßgeschneiderter, juristischer, GG-konformer Königsweg.

Diese allgemeinen politischen Anmerkungen habe ich mir deshalb erlaubt, weil ich in diesen Jahren in verschiedenen politischen Funktionen dauernd sowohl mit den allgemeinen deutschlandpolitischen Erfordernissen, als auch als

Abgeordneter in einem unmittelbar an Thüringen angrenzenden Wahlkreis mit den ganz konkreten Anforderungen befaßt war.

Auch vor Ort wurden schnell erste Führer nach „drüben“ ausgestreckt. Für die CSU, schien der natürliche Ansprechpartner die Ost-CDU zu sein. Aber bald gewann eine – wie ich heute meine – sehr westdeutsche Sichtweise die Überhand. Es kam nämlich der Gedanke auf, die bestehende Ost-CDU könne als sog. „Blockpartei“ bei vielen neuen Bundesbürgern wegen zu großer SED-Nähe auf Vorbehalte stoßen. Deshalb wurden auch Kontakte zu anderen Parteien wie dem „Demokratischen Aufbruch“ und der „Forum-Partei“ aufgenommen. Schließlich konnte die CSU der Versuchung doch nicht widerstehen, auf eine Art Ost-CSU zu setzen, die DSU.

So nahm ich zusammen mit Otto Wiesheu an der denkwürdigen Gründung der DSU am 20. Januar 1990 im Gasthaus „Goldene Krone“ in Leipzig teil. Die DSU nahm immerhin als Mitglied der „Allianz für Deutschland“ an den Wahlen zum Bundestag teil. Nachdem das gute Abschneiden der CDU bei diesen Wahlen gezeigt hatte, daß die Befürchtungen hinsichtlich der Akzeptanz der CDU bei den Wählern in der ehemaligen DDR grundlos waren, machte Helmut Kohl schließlich der Zusammenarbeit von CSU und DSU den Garaus. Heute existiert sie zwar noch, wie ich dem Internet entnommen habe, politisch ist sie aber schon lange bedeutungslos.

Die vielen spontanen und untereinander nicht abgestimmten Bemühungen praktisch aller Gliederungen und Ebenen der CSU, Kontakte in die DDR zu knüpfen, erwiesen sich schnell als chaotisch und verwirrend. Um zu einer geordneten und wirksamen Zusammenarbeit zu kommen, wurden dann von Untergliederungen der CSU – ähnlich bei anderen Parteien – und auch den kommunalen Ebenen Paten- und Partnerschaften mit Parteien und Gemeinden und Kreisen in der DDR abgesprochen. Der Landkreis Bad Kissingen und der CSU-Kreisverband sollten sich um den Kreis Schmalkalden bzw. die dortige CDU kümmern, Rhön-Grabfeld um den Kreis Meiningen, Haßberge um Hildburghausen usw. Würzburg z.B. um Suhl.

Von der parteieigenen Hanns-Seidel-Stiftung wurden Tagungen im Hotel Ulrich in Elfershausen organisiert – laut meinem Terminkalender z.B. am 24. und 25. Februar 1990 – bei denen die Grundkenntnisse über unsere Kommunalverfassungen, über die Organisation von Orts- und Kreisverbänden politischer Parteien vermittelt wurden. Auch die Programmatik der Parteien mußte erst noch erarbeitet und formuliert werden. Nachdem ja in der DDR auch alsbald Wahlen auf kommunaler und dann nationaler Ebene stattfinden sollten, umfaßte die Hilfe schnell auch die Ausstattung von Geschäftsstellen mit elektrischen Schreibmaschinen, Druckern und Kopiergeräten bis hin zur Zurverfügungstellung von PKWs. Wir haben solche Ausstattungsgegenstände z.B. an die CDU-Geschäftsstelle in Meinigen geliefert.

Erwähnen möchte ich ein für mich besonders bemerkenswertes Erlebnis. Wie üblich hatte ich in der örtlichen Saale-Zeitung in Bad Kissingen eine meiner Bürgersprechstunden in der Wahlkreisgeschäftsstelle avisiert. In diese Sprechstunde kam ein mir bis dahin nicht bekannter Mann. Er stellte sich als Manfred Ruge aus Erfurt vor. Er sei als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters von Erfurt vorgesehen und wollte sich bei mir einfach Antworten auf ein paar konkrete Fragen im Zusammenhang mit dieser Aufgabe holen. Er wurde – wie wir alle wissen – ein sehr erfolgreicher und beliebter OB, mit dem ich noch lange sporadischen Kontakt hatte.

Auch an ersten Wahlversammlungen – mit Opposition und heftiger Diskussion – nahmen wir teil. Zusammen mit Parteidreunden aus der CSU war ich so immer wieder in Thüringen und darüber hinaus im Einsatz. So hielt ich z.B. meine erste politische Versammlung in der DDR am 29. Dezember 1989 in Suhl in der Wohngebietsgaststätte Aue II für die „Forum – Partei“ ab. Für mich war das besonders beeindruckende an der Zusammenarbeit zwischen „hüben und drüber“, daß es sich dabei um eine Art „Volksbewegung“ handelte. Jeder, egal auf welcher politischen Ebene, egal in welcher Organisation oder in welchem Verein, alle waren auf Partnersuche, beseelt vom ehrlichen Bemühen zu helfen und zum gemeinsamen Handeln.

Nahezu jede Gemeinde oder Stadt und auch die Landkreise suchten nach Partnergemeinden und Partnern unter den Kreisen der DDR. Ganz Deutschland war auf Brautschau. Auch auf Bundesebene und zwischen den Ländern – Bayern konzentrierte sich auf Sachsen und Teile Thüringens – wurde der Einsatz von Helfern und Beratern aus dem Westen zum Aufbau einer demokratischen staatlichen Infrastruktur und zur Bewältigung der Anpassung von Sozial- und Rechtssystemen, zur Einrichtung von Ämtern, Behörden und Gerichten in der DDR organisiert und gefördert, z.B. mit der Aussicht auf Beförderung nach Beendigung der Mission. Etwa 35.000 Angehörige aus dem öffentlichen Dienst im Westen gingen in die Neuen Länder. In vielen Fällen sind sie dort geblieben und haben Karriere gemacht, so z.B. ja auch Richter aus Bad Neustadt a.d. Saale und Beamte aus dem Landratsämtern.

Unser Augenmerk richtete sich auch schnell auf die Schaffung guter und leistungsfähiger Verkehrsverbindungen. Nichts war wohl besser geeignet Einheit sichtbar zu machen, als neue Straßen und Bahnverbindungen. Geradezu mit demonstrativem Einsatz moderner Straßenbautechnik und gewaltigen Maschinen wurde z.B. die Verbindungsstraße von Trappstadt nach Eicha in Rekordzeit gebaut. Landrat Dr. Steigerwald vom Landkreis Rhön-Grabfeld setzte seine ganze Kraft dafür ein. Ähnliches fand an vielen Stellen der Grenze statt.

Besonders bemerkenswert war, wie es zu der positiven Entscheidung über die Wiederherstellung der Bahnverbindung zwischen Mellrichstadt und Rentwertshausen kam. Ich hatte die Bahn aufgefordert, diese alte Schnellzugverbindung zwischen Stuttgart – Würzburg – Erfurt und Berlin wieder möglich zu machen. Dazu war der Lückenschluß an der Grenze erforderlich. Aber weder der DB-Vorstand in Frankfurt a. M. noch die Direktion in Nürnberg wollten davon etwas wissen. Sie wollten wohl eine Konzentration des Bahnverkehrs nach Stuttgart und Berlin/Leipzig über Nürnberg. Bundesverkehrsminister war damals Dr. Fritz Zimmermann, ehemals Vorsitzender der CSU-Landesgruppe. Außerdem war er – wie ich – leidenschaftlicher Schafkopfspieler. Bei einer solchen Kartrunde in der Parla-

mentarischen Gesellschaft in Bonn beklagte ich mich über die ablehnende Haltung der Bahn-Oberen. Ich konnte Fritz Zimmermann davon überzeugen, daß der Lückenschluß sinnvoll wäre und – lapidar wie es Zimmermanns Art war – versprach er mir, „*dann erhalten die von mir eben eine Weisung!*“ So hieß es dann in einem Presselex des Ministers nach einem „Grundsatzgespräch über die Zusammenarbeit von Deutscher Bundesbahn und Deutscher Reichsbahn“ am 26. Juni 1990:

„Mit meinem DDR-Kollegen Horst Gibtner stimme ich überein, daß kurzfristig wichtige Lücken im deutsch-deutschen Schienennetz geschlossen werden müssen.“ Die für uns so wichtige Passage in der anschließenden Aufzählung lautete: „– die Strecke Rentwertshausen – Melrichstadt soll bis 1991 eingleisig ausgebaut werden...“. Das Telex befindet sich als Kopie noch in meinen persönlichen Unterlagen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat damals von den „blühenden Landschaften“ gesprochen, die in den neuen Ländern entstehen werden. Er ist dafür oft gescholten worden. Dabei beweist mir jeder Besuch auch hier in Thüringen in eindrucksvoller Weise, wie Recht er hatte. Selbst kleine Ortschaften in der Rhön, z.B. um Frankenheim oder östlich der Haßberge, sind – vergleicht man sie mit den Zuständen von 1990 – nicht wieder zu erkennen. In den größeren Orten und Städten ist die historische Substanz mittlerweile weitgehend gesichert, Fachwerkhäuser und Baudenkmäler liebevoll renoviert.

Es sind moderne Gewerbe- und Industriegebiete entstanden, Zentren für Gastronomie und Tourismus, ein moderner Einzelhandel. Krankenhäuser und andere öffentliche Gebäude, die Straßen wurden erneuert. Ein flächendeckendes Telekommunikationsnetz entstand. Heute sind z.B. die Landesstraßen in Thüringen oft in besserem Zustand als die Staatsstraßen im Nachbarland Bayern. Mit der

A 71 und der A 73 wurde sowohl die Anbindung der unterfränkischen Region Main-Rhön als auch des Thüringer Walds entscheidend verbessert.

Ausländische Politiker äußern immer noch höchst anerkennend uneingeschränkte Hochachtung, ja Bewunderung, für das Wie und die Ergebnisse der Wiedervereinigung Deutschlands. Es gibt daher auch für uns keinen Grund, die damit verbundene gemeinsame Anstrengung, Leistung und deren großes Ergebnis klein zu reden. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß es nur mit Unterstützung befreundeter ausländischer Staaten und Staatsmänner möglich war, die Wiedervereinigung herbeizuführen: Allen voran den USA und ihren Präsidenten George Bush sowie der Sowjetunion unter Führung des Generalsekretärs Michail Gorbatschow.

Sie haben uns drei geradezu sensationelle politische Erfolge ermöglicht: Die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden, den Verbleib Deutschlands in der NATO und den Abzug der noch in Deutschland verbliebenen ca. 350.000 sowjetischen Soldaten. Unvorstellbar welche Konsequenzen es bedeutet hätte, wären sie in Deutschland geblieben.

Letztlich entscheidend aber war das ungeheuer nachdrückliche Streben der Deutschen nach Einheit und die nicht zu überbietende Dynamik mit der dieses Ziel von den Deutschen, allen voran auch Bundeskanzler Helmut Kohl, verfochten wurde. Davon wurden auch die größten Skeptiker im Ausland, darunter auch verbündete, einfach hinweggefegt.

Seien wir für all das bleibend dankbar und geben wir unser Wissen und unsere Erfahrungen dankbar an unsere Kinder und Enkel weiter, damit die Erinnerung an dieses geschichtsträchtige, epochale politische Geschehen vor allem der Jahre 1989 und 1990 sich nicht mit der Zeit verflüchtigt.